

Gremium	Termin	Status
Ortsbeirat Friesenheim	12.09.2023	öffentlich

Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Fehlende Kapazitäten von Pflegeeinrichtungen in Friesenheim

Vorlage Nr.: 20236919

Stellungnahme Bereich Steuerung und Bereich Senioren

Die Anfrage bezieht sich offensichtlich auf fehlende Kurzzeitpflegeplätze im Anschluss an die Krankenhausbehandlung. In Ludwigshafen gibt es lediglich eingestreute Plätze in den vollstationären Pflegeeinrichtungen, die real aber nicht wirklich verfügbar sind. Der Aufwand für die Kurzzeitpflege ist sehr hoch und in Zeiten knapper Personalressourcen hat die Dauerpflege den Vorrang. Die meisten Plätze werden deshalb als Übergang zur Dauerpflege belegt.

Anbieter / Investoren für die Einrichtung einer Kurzzeitpflege zu finden ist schwierig, da diese über ausreichende personelle Ressourcen verfügen müssen. Außerdem besteht bei den zahlreichen Aufnahmen und Entlassungen von kranken- und pflegebedürftigen Menschen ein erhöhter Organisations- und Verwaltungsaufwand.

Es mangelt nicht nur an Plätzen für Menschen, die aus der Akutversorgung (SGB V) nicht sofort in die Häuslichkeit überwechseln können. Es braucht auch Plätze, damit pflegende Angehörige urlaubs- oder krankheitsbedingt entlastet werden können und sie ihre pflegebedürftigen Personen in dieser Zeit versorgt wissen. Es fehlen Plätze für Menschen, die ein Zeitfenster zur Reha überbrücken müssen.

Es braucht also klassische Kurzzeitpflegeplätze mit Rückkehr in die Häuslichkeit, die kein Übergang zur Dauerpflege sind.

Es besteht auch tatsächlich ein Mangel und Handlungsbedarf bei den weiter genannten Punkten:

- Bedarf an ambulanten Pflegediensten (Wartelisten für Senioren)
- Angebote zur Unterstützung im Haushalt (Putzen, Einkaufen etc.), damit der Entlastungsbetrag von 125 Euro in Anspruch genommen werden kann

- Betreutes und bezahlbares Wohnen

Diese Versorgungssengpässe sind bekannt und haben sich mit dem zunehmenden Fachkräftemangel in der Pflege deutlich verschärft. Wegen des akuten Fachkräftemangels kommen viele ambulante und stationäre Einrichtungen in eine schwierige wirtschaftliche Lage. Denn aufgrund der unbesetzten Stellen können viele Menschen nicht mehr ambulant versorgt und viele Heimplätze nicht belegt werden.

Mit diesen Versorgungslücken in der Pflege steht Ludwigshafen nicht alleine da. Die überwiegende Anzahl der Kreise und kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz stehen vor den gleichen Problemen.

Die Stadtverwaltung alleine hat wenig Möglichkeiten hier direkte Abhilfe zu schaffen, ist aber im Rahmen der kommunalen Pflegestrukturplanung damit befasst Lösungsmöglichkeiten zu finden. In der letzten regionalen Pflegekonferenz der Stadt Ludwigshafen wurde mit den beteiligten Akteuren aus der Pflege schwerpunktmäßig an der Erarbeitung von Lösungen an der aktuellen Versorgungslage und den bestehenden Versorgungssengpässen gearbeitet.

Aus den Vorschlägen wurden Arbeitsaufträge entwickelt, die zurzeit von den jeweiligen Arbeitsgruppen bearbeitet und in der nächsten Pflegekonferenz vorgestellt werden. Ein Arbeitsauftrag aus der Pflegekonferenz war der schriftliche Appell für die gesundheitliche und pflegerische Versorgung der Menschen in Ludwigshafen an die zuständigen Ministerien in Rheinland-Pfalz. Im Auftrag der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmenden an der Regionalen Pflegekonferenz wurde diese Aufgabe von Frau Steeg bereits erfüllt.

In dem Appell wurde auf die stadtweiten Probleme in der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung und deren ständig zunehmende Verschlechterung hingewiesen. Unter anderem beinhaltet dieser die oben aufgeführten Mängel. Es wurde appelliert sich umgehend für die Herausforderungen der Pflege der Zukunft einzusetzen und tatsächliche Verbesserungen und kurzfristige Lösungen auf den Weg zu bringen.

Entsprechende Lösungen / Maßnahmen können nur gemeinsam mit dem Land, den Leistungserbringern und Kostenträgern und der im Bereich der Pflege bestehenden sonstigen Verbände und Organisationen in Zusammenarbeit erreicht werden. Daran arbeitet die Stadtverwaltung.

Gez.
Ute Hey

Situation des Ambulanten Pflegedienstes der Stadt Ludwigshafen am Rhein

Der Ambulante Pflegedienst der Stadt Ludwigshafen am Rhein hat zusammen mit der IBF-Interessengemeinschaft Behinderter und Ihrer Freunde e.V. die Servicestation Oggersheim West seit mindestens den 1990er-Jahren betrieben. In Oggersheim West wurden Menschen, die mehrfach schwerstbehindert sind und pflegerische Bedarfe haben in mehreren Wohnungen über Tag und Nacht betreut. Die Leistungen der Kranken- und Pflegekassen haben nie ausgereicht, um die Kosten zu decken.

Der Ambulante Pflegedienst verfügt lediglich über 10,25 Stellen:

1 Stelle Pflegedienstleitung,
3,75 Stellen Pflegefachkräfte (3-jährige Ausbildung),
2 Stellen Krankenpflegehelfer*in/ Altenpflegehelfer*in (1-jährige Ausbildung) und
3,5 Stellen Pflegerische Hilfskräfte (40 Stunden Schulung durch Pflegefachkraft und hauswirtschaftliche Kenntnisse).

Zur Zeit sind 9 Stellen besetzt. Bei den unbesetzten Stellen handelt es sich um 1,25 Stellen Pflegefachkraft. Die zwölf Stelleninhaber*innen verfügen über die tarifvertraglich vorgesehenen Qualifikationen.

Die Stadtverwaltung hat seit März 2021 eine Vollzeitstelle einer Pflegefachkraft ausgeschrieben, da der Stelleninhaber zum 31.03.2021 gekündigt hat. Auch im Wochenblatt und in Stepstone wurden mehrmals über einen längeren Zeitraum Anzeigen geschaltet. Die Stelle konnte nie besetzt werden. Von den vorhandenen drei Mitarbeiter*innen mit der Qualifikation Pflegefachkraft werden zwei Mitarbeiter*innen in den kommenden Jahren in den Ruhestand gehen, da sie 63 bzw. 64 Jahre alt sind. Aufgrund der Erfahrungen mit der Stellenbesetzung beim Ambulanten Pflegedienst, aber generell in der Branche, dürfte es schwierig werden, die Stellen nach zu besetzen.

Aufgrund der personellen Situation und dem hohen Defizit wurde die Entscheidung getroffen, dass der Ambulante Pflegedienst seine Leistungen zum 31.12.2023 einstellt.

Die Stadtverwaltung arbeitet momentan intensiv daran, die Mitarbeiter*innen des Ambulanten Pflegedienstes innerhalb der Stadtverwaltung, aber auch bei den Städtischen Pflegeheimen entsprechend ihrer Qualifikation zu vermitteln. Lediglich die Pflegerischen Hilfskräfte, die beim Ambulanten Pflegedienst als Hauswirtschaftskräfte eingesetzt sind, sollen auch als Hauswirtschaftskräfte eingesetzt werden. Eine Pflegerische Hilfskraft, die in den vergangenen Wochen das Studium der Sozialen Arbeit beendet hat, wird ab 01.10.2023 als Sozialarbeiter*in bei der Stadtverwaltung eingesetzt. Eine weitere Pflegerische Hilfskraft, die ebenfalls über ein Studium der Sozialen Arbeit verfügt, hat sich ebenfalls als Sozialarbeiter*in beworben.

Gez.

Hans Michael Eberle

5-11201F.Hey3650/5-13Ebe2717